

Luxussanierer erhält den Zuschlag

In einer Presseerklärung teilte die Stadt Mannheim am 17. Juni 2010 mit, dass die Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BlmA, eine Institution des Bundes) das ehemalige Kasernenareal an die **Projekt-Kaiser-Wilhelm-Residenzen GmbH** in Wilnsdorf (Kreis Siegen-Wittgenstein, NRW) verkauft hat. Geschäftsführer dieser eigens gegründeten Projektentwicklungsgesellschaft ist

Willibald Anton Kiermaier

, dessen große Erfahrungen im Erwerben und Sanieren von denkmalgeschützten Gebäuden betont wird. W. A. Kiermaier ist zusammen mit Frank Georg Reichwein Geschäftsführer der **RK Grundvermögen GmbH** mit Sitz in Frankfurt am Main.

Deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Immobilien (unter anderem denkmalgeschützte) zu erwerben und zu sanieren und sie als „hochwertige Luxus-Eigentumswohnungen und Stadtvillen“ wieder zu verkaufen. Die RK Grundvermögen konzentriert sich auf vermögende Käufer, die sich auf der Suche nach der optimalen Geldeanlage teures und steuerlich begünstigtes Wohneigentum leisten können.

Bei der Investorensuche für die Turley-Barracks hat sich die BlmA mit der Stadt Mannheim abgestimmt. Das Interesse der Stadtverwaltung ist dabei, eine internationale Schule auf einem Teil des Kasernengeländes einzurichten. Wie die Bürgermeister Lothar Quast und Michael Grötsch in der Vergangenheit verdeutlichten, will man damit einen Standortvorteil für international tätige Unternehmen schaffen und Mannheim für die Familien von Führungskräften noch attraktiver zu machen.

Die Bürgermeister werden sich freuen, denn offensichtlich konzentriert sich die RK Grundvermögen genau auf die gleichen zahlungskräftigen Kreise. Originalton von RK Grundvermögen auf ihrer Internetseite www.rk-grundvermoegen.de: Wir möchten „mit unseren Immobilien diejenigen Menschen bewegen, die etwas Besonderes suchen. Wir gestalten ‚Wohnträume‘ für Kunden mit exklusivem Anspruch.“

Der Ausschuss für Umwelt und Technik und der Bezirksbeirat Neckarstadt-Wohlgelegen sollen

nun über die weiteren Schritte informiert werden. Es ist wünschenswert, wenn sich diese Gremien bei der künftigen Kasernennutzung für die Interessen derjenigen Menschen einsetzen, deren Sorge es ist überhaupt über genügend Geld für ein menschenwürdiges Leben zu verfügen und nicht für jene, die sich den Kopf zermartern, wie sie ihr Geld renditeoptimiert und steuersparend anlegen.